

„Die rote Linie ist überschritten“

Die DFG-VK muss sich von „antimilitaristischen Brandanschlägen“ distanzieren

Von Thomas Rödl

Die DFG-VK gab (vermutlich im Jahre 2010) zusammen mit der Informationsstelle Militarisierung ein „Fact Sheet: Bundeswehr und Schulen“ heraus. Darin wird unter der Rubrik „weitere Infos“ die Internetseite „www.bundeswehr-wegtreten.org“ genannt mit dem Zusatz: „Berichte von Aktionen gegen Bundeswehr an Schulen“.

Über ein örtliches „antimilitaristisches Bündnis“, das immer ein Transparent „Bundeswehr wegtreten“ mitführt, haben wir, einige Aktive der DFG-VK-Gruppe München, an einigen Aktionen gegen Werbe-Informationsstände der Bundeswehr teilgenommen. Bei diesen Gelegenheiten diskutieren wir natürlich mit den jüngeren Aktivisten. Auf meine Frage, ob „Bundeswehr wegtreten“ auch bedeute, die Bundeswehr abschaffen zu wollen, erhielt ich sinngemäß die Antwort, eigentlich bräuchten wir eine Rote Armee, die den Sozialismus erkämpfe, und wenn wir den hätten, dann auch sowas wie eine Volksarmee, die den Sozialismus verteidige. (Das muss nicht bedeuten, dass alle, die „Bundeswehr wegtreten“ verbreiten, diese Meinung teilen). Mein Interesse war geweckt, und ich habe mir diese Internetseite genauer angesehen. Dort ist keine Aussage zu einer Zukunft der Bundeswehr zu finden, keine Aussage zu Militär grundsätzlich, kein politisches Konzept, nur die direkten Aktionen gegen die Bundeswehr und ihre Öffentlichkeitsarbeit werden vorgestellt. Diese suggerieren aber natürlich, mensch möchte die Bundeswehr ersatzlos weg haben. Aber in einer Reihe mit witzigen, guten, gewaltfreien und originellen Aktionen wird dort auch über Brandanschläge gegen DHL-Fahrzeuge, gegen Bundeswehr-Fahrzeuge und gegen Privat-PKW's von Bundeswehr-Angehörigen quasi neutral berichtet. Im Kontext heißt das natürlich, dass sie als direkte Sabotageaktion gegen Krieg vorgestellt, gebilligt und unterstützt werden. Die Verlinkung auf diese Seite suggeriert, wer antimilitaristisch arbeiten wolle, müsse sich mit solchen kriminellen Aktionen solidarisieren.

Diskussion beim DFG-VK-Bundesausschuss im Dezember 2010

Daraufhin haben Aktive der Gruppe München und aus anderen Orten des Landesverbandes Bayern folgenden An-

trag an den BA gestellt: Erstens die „Bundeswehr-wegtreten“-Internetseite wird nicht verlinkt, zweitens der Bundesverband gibt kein Material heraus, mit dem diese Seite beworben wird.

Dieser Antrag wurde mit fünf Ja- und neun Nein-Stimmen abgelehnt – nach heftiger und emotionaler Diskussion und nachdem niemand mehr vom antragstellenden Landesverband Bayern anwesend war. Ich selber konnte an der BA-Sitzung unfallbedingt nicht teilnehmen und daher nicht deutlich machen, dass ein Festhalten an dieser Verlinkung m.E. einen Verstoß gegen unser Grundsatzprogramm darstellt und meine künftige Mitarbeit in diesem Verband in Frage stellt. (Im Protokoll der Sitzung findet sich kein inhaltlicher Satz über diese Diskussion, auch in den Verbandsmedien wurde darüber nicht berichtet.)

Zuspitzung beim DFG-VK-Bundeskongress 2011

Aus verschiedenen Gründen hat sich der Landesverband erst sehr spät wieder mit dem Thema Brandanschläge befasst – praktische Friedensarbeit hat für uns Vorrang. Eine Zeitlang konnte mensch sich damit trösten, dass die Verlinkung eher unauffällig in einem PDF-Dokument versteckt war. Eine weitere wichtige Zuspitzung ergab sich aber auf dem Bundeskongress im Oktober 2011 in Leipzig durch die Wahl von Cecil Arndt. Sie wurde als Beauftragte für ein antimilitaristisches Netzwerk gewählt und erklärt von sich, dass sie bei „Bundeswehr wegtreten“ in Köln aktiv sei. Auf meine Nachfrage, ob sie die Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr unterstütze, meinte sie, die Bundeswehr solle sich am besten selber abschaffen. Das war möglicherweise witzig gemeint, liegt aber natürlich im politischen Kontext auf der Linie der so genannten Antimilitaristen, sich zur Frage von Militär und Gewalt nicht grundsätzlich zu äußern. Mit der Wahl von Cecil Arndt gibt es seither eine personelle Verbindung der DFG-VK zu „Bundeswehr wegtreten“.

Beim Bundeskongress gab es eine intensive Diskussion über Aktionsformen und über den Wunsch nach Radikalisierung angesichts der deutschen Kriegsbeeteiligung in Afghanistan. Der konkrete Hintergrund dieser Diskussion waren die

Krawalle in Straßburg 2008, die „Schampus-Saufen“-Ankündigung in Berlin und eben die Brandanschläge, die von „Bundeswehr wegtreten“ propagiert werden.

Bei der Diskussionsrunde dazu zeigte sich aber, dass hinter „Provokation“ und „Radikalität“ kein Konzept steht und keine konkreten Vorschläge vorgebracht wurden.

Gleichzeitig wurde ein Antrag aus Nordrhein-Westfalen zu den „Aktionsformen der DFG-VK“ von ca. zwei Dritteln der Delegierten abgelehnt. Dieser enthielt im Kern eine Wiederholung der Aussagen zur Gewaltfreiheit aus dem Grundsatzprogramm, und die neue Aussage war lediglich: „Diese Aktionen können auch provokativ sein. Doch ihre Legitimität muss immer wieder im gesellschaftlichen Umfeld begründet und vermittelt werden können. Entsprechend unserer Grundsätze schließen wir verletzende und tötende Gewalt aus“. Die DFG-VK arbeitet mit anderen Organisationen zusammen... „Die Ziele und Mittel dieser Zusammenarbeit müssen jedoch abgestimmt sein und dürfen denen der DFG-VK nicht widersprechen.“

Das kann mensch so interpretieren: Die Aussage im Grundsatzprogramm zur Gewaltfreiheit wird nicht bestätigt! Wir akzeptieren alle Aktionsformen, egal ob sie verstanden werden, vermittelbar sind, uns Sympathien bringen oder nicht. Wir arbeiten mit allen zusammen, egal ob wir Einfluss auf ihre Aktionsformen haben oder nicht. Also: Anything goes – alles geht!

Möglicherweise waren sich viele Delegierte nicht im Klaren, dass diese Abstimmung in diesem Zusammenhang so interpretiert werden muss. Wenn es von vorneherein keine Diskussion gibt über Effektivität, Sinnhaftigkeit, Vermittelbarkeit einer legalen oder nicht-legalen gewaltfreien Aktion, ist auch kein Konsens möglich – das ist zerstörerisch für eine politische Organisation!

Ich hoffe, dass die Abstimmung beim Bundeskongress nicht repräsentativ ist für die Mitgliedschaft der DFG-VK; ich hoffe, dass Cecil Arndt nicht im Bewusstsein gewählt wurde, dass sie für die Brandanschläge steht.

Eine weitere Zuspitzung wurde mir erst vor einigen Wochen klar, als ich bemerkt habe, dass auf der Internetseite des DFG-VK-Bundesverbandes über die

Infos zu „Schulfrei für die Bundeswehr“ jetzt direkt auf „www.bundeswehr-weg-treten.org“ verlinkt wird.

■ Mitteilung an die Medien

Nach meinem Bericht vom Bundeskongress hat der Landesausschuss Bayern beschlossen, eine Mitteilung an die Medien zu verfassen, mit der wir uns von den Brandanschlägen distanzieren. Aus Loyalität zum Gesamtverband haben wir in dieser nach außen gerichteten Erklärung nicht erwähnt, dass die DFG-VK durch die Verlinkung und personelle Verbindung praktisch Werbung für die Abfackler betreibt.

In der Mitteilung vom 8. Dezember 2011 sind unsere wesentlichen Argumente zusammengefaßt:

Aus Anlass der Brandanschläge gegen DHL-Fahrzeuge, Bundeswehrfahrzeuge und Einrichtungen der Deutschen Bahn erklärt der Landesausschuß der DFG-VK Bayern:

Der Krieg in Afghanistan lässt sich nur politisch beenden, nicht physisch und materiell durch Schädigung des staatlichen Apparates und seiner Hilfsorganisationen.

Gewaltfreie Handlungsmöglichkeiten gegen den Krieg bzw. gegen die politischen Schreibtischtäter in Deutschland sind längst nicht ausgeschöpft. So finden z.B. permanente Mahnwachen und Blockaden der verantwortlichen Politiker, direkte gewaltfreie Aktionen an den Militärstützpunkten, Bundeswehreinrichtungen und Rüstungsbetrieben nicht statt.

Der politische Pazifismus der DFG-VK schließt verletzend und tödende Gewalt in der politischen Auseinandersetzung aus. Bei Brandanschlägen ist prinzipiell nicht auszuschließen, dass Menschen zu Schaden kommen. Ein einmal gelegter Brand kann sich sehr schnell jeder Kontrolle entziehen und Unbeteiligte und Feuerwehrleute gefährden.

Sabotageaktionen und Gewalt gegen Sachen müssen sich in einen politischen Zusammenhang einordnen. Die Symbolik einer Aktion gegen die Kriegsmaschinerie muss unmittelbar einleuchtend sein.

In krimineller Manier ausgeführte Brandanschläge vermitteln keine Antikriegsbotschaft. Sie haben keine Sympathien in der Bevölkerung und bringen der Friedensbewegung keinen politischen Nutzen.

Die DFG-VK Bayern hält es für illusionär, dass durch Brandanschläge Menschen aufgerüttelt und gegen den Krieg aktiviert werden können.

Die DFG-VK betrachtet die „Abfackler“ nicht als Teil der Friedensbewegung und fordert sie auf, in einen offenen Dialog über politisch effektive und moralisch vertretbare Aktionsformen einzutreten.

■ Reaktionen auf die Mitteilung

Wir hatten uns nicht erwartet, dass große Medien auf unsere Mitteilung reagieren würden, für diese fehlte der aktuelle Bezug. Weniger erfreulich ist, dass auch keine anderen DFG-VK-Landesverbände oder Gruppen auf unsere Mitteilung reagiert haben. Auch der Bundessprecherkreis bzw. der Geschäftsführer, der diese Verlinkung und die beschriebene Zuspitzung zu verantworten hat, hat nicht reagiert.

Einige interessante und durchaus bedenkenswerte eMails erreichten uns, im folgenden Zitate:

Aus einer gewaltfreien Aktionsgruppe: „Dieser text entspricht ziemlich genau dem, was ich zu dem thema denke. wegen solcher maßnahmen fällt kein schuss weniger in den kriegsgebieten. profiteure sind die autohersteller... eine vokabel hätte ich nicht verwendet, weil sie m. e. falsch ist, jedenfalls aber polizei-vokabular: „gewalt gegen sachen“ ist sachbeschädigung. und eine andere vokabel ist wenigstens zu überdenken: wenn wir kritisieren, dass „unbeteiligte“ gefährdet werden, könnte daraus geschlossen werden, dass die gefährdung beteiligter in ordnung wäre. eindeutiger wäre zu verlangen, dass durch unsere aktionen gar keine/r gefährdet wird, auch keine soldat/inn/en, polizist/inn/en und wachleute.“

Wolfgang Menzel, Bundessprecher der DFG-VK: „Sollten Brandanschläge (wie damals diejenigen gegen DHL-Fahrzeuge) antimilitaristisch begründet werden, so müssen wir dazu, meiner Meinung nach, eindeutige Stellung nehmen. Allerdings ist die Diskussion damals auf dem BA dagegen ausgegangen, wie du weißt. Hier liegt ein, wie ich finde, peinliches Versagen unseres Verbandes als Ganzes vor. ... Deshalb begrüße ich in der Tendenz eure Erklärung, wundere mich nur (wegen Informationsmangel) über den Zeitpunkt.“

Auszüge aus einem ausführlichen Brief von C., Journalistin: Zur Aufforderung zum Dialog: „Die Abfackler“, wie ihr sie nennt, werden sich euch nicht zu erkennen geben; und ein offener Dialog über die Sinnhaftigkeit solcher Aktionen ist kaum möglich, weil eure Meinungsgegner dabei staatliche Repressionsmaßnahmen zu befürchten hätten. Das gilt auch, wenn sie selbst nicht in dieser Form aktiv geworden sind, sondern lediglich sagen, dass es legitim sei, Sabotageakte zu bege-

hen, wenn Deutschland Krieg führt. ... Es steht zu befürchten, dass es sich bei den „Abfacklern“ um Verzweifelte handelt, die es vorher durchaus mit gewaltfreien Aktionen versucht haben. Sie suchen nach Aktionsformen, mit denen sie mehr bewirken können. Ihr müsst solche Aktionsformen nicht gut finden, aber denkt nach, ob ihr Anwalt oder Richter sein wollt, wenn es um Menschen geht, die verzweifeln, weil da tausend Mal mehr Unrecht ist als Empörung.

■ Konsequenzen – politisch

Das Konzept der Kriegsbehinderung durch Sabotageakte und Brandanschläge kann mensch getrost als gescheitert betrachten. Die Medien haben sich offensichtlich verabredet, darüber nicht zu berichten. Also gab es durch die Aktionen keine politische Botschaft an eine breite Öffentlichkeit. Die möglicherweise beabsichtigte Wirkung der Aufrüttelung und Mobilisierung ist nicht eingetreten.

Nun haben die Anschläge stattgefunden, wir – der DFG-VK-Bundesverband – weisen faktisch ohne Distanzierung darauf hin. Es können jederzeit weitere solche Aktionen stattfinden, und falls sie von den Medien aufgegriffen werden – spätestens dann, wenn wirklich mal ein Mensch zu Schaden kommt – können die Medien und die politischen Parteien, die uns bekämpfen, gnadenlos unsere Glaubwürdigkeit als Pazifisten demontieren. „Pazifisten = Mörder“ – eine schöne Schlagzeile! Der Bundesverband, die DFG-VK, riskiert ohne Not eine solche Situation, in welcher er dann politisch völlig hilflos wäre.

Von den Kriminalisierungsmöglichkeiten wegen Billigung und Befürwortung von Straftaten will ich gar nicht reden. (Die Kriminalisierungsmöglichkeit nicht-legaler Aktionen sollte dann keine Rolle spielen, wenn solche Aktionen abgesprochen, gewaltfrei im Sinne unseres Programms sind, und in einem konkreten Zusammenhang im Konsens beschlossen wurden, und die Nicht-Legalität vor Gericht und in der Öffentlichkeit als legitim dargestellt werden kann.)

Möglicherweise sind diese Anschläge von vorneherein Inszenierungen des Verfassungsschutzes – das, was ein Ministerialbeamter sich als militanten linken Widerstand gegen Krieg vorstellt. Die aber natürlich dazu dienen, uns zu gegebener Zeit politisch zu beschädigen und zu kriminalisieren.

■ Konsequenzen für die DFG-VK

Für mich ist mit der faktischen Billigung und Bewerbung von Brandanschlägen ei-

ne rote Linie überschritten. Brandanschläge verstoßen gegen das Prinzip „verletzende und tödende Gewalt“ in unserem Grundsatzprogramm. Der großen Mehrheit der beitragszahlenden Mitglieder ist nicht bewusst, welche Politik durch die beschriebenen Verbindungen betrieben wird. Der Bundessprecherkreis könnte den Konflikt entschärfen durch die Beseitigung der Verlinkungen

und die Beendigung der gegebenen personellen Verflechtung.

Derzeit gibt es keinen Zeitdruck, etwas zu verändern, aber ich werde mit meinen pazifistisch denkenden MitstreiterInnen weiter besprechen, welche Konsequenzen wir ziehen können – bis dahin, neue organisatorische Formen für die pazifistische Idee zu suchen.

Alle Aktiven und Mitglieder bitte ich, in

ihren Gruppen und Landesverbänden zu diskutieren, wie wir uns zu den Brandanschlägen verhalten sollten, und das dem BSK mitteilen, und ihre Delegierten des Landesverbandes bzw. der Gruppe zu fragen, wie sie sich bei den oben genannten Abstimmungen verhalten haben.

Thomas Rödl ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Bayern.



„Genau so sollten wir das auch tun“

Antwort auf Tommy Rödl's Vorwurf, die DFG-VK billige und bewerbe Brandanschläge

Von Stefan Philipp

Tommy Rödl ist seit vielen Jahrzehnten in unserer Organisation aktiv. 1971 ist er Mitglied in der (Vorläuferorganisation) DFG-IdK geworden, in den verschiedenen Programm-Kommissionen der DFG-VK hat er seit 1976 mitgearbeitet, von 2003 bis 2005 war er Mitglied im BundessprecherInnenkreis, seit 2005 ist er jeweils beim Bundeskongress als Beauftragter für die Abrüstungskampagnen gewählt worden und seit Ende der 1970er Jahre ist er Mitglied im bayerischen Landesvorstand bzw. -Sprecherkreis. Also so etwas wie DFG-VK-Urgestein. Man kann und sollte es also ernst nehmen, wenn so jemand meint, gravierende Fehlentwicklungen in der DFG-VK zu erkennen - zumal dann, wenn er von einer „überschrittenen roten Linie“ spricht und von der möglichen Konsequenz, „neue organisatorische Formen für die pazifistische Idee zu suchen.“

Der gravierendste Vorwurf scheint mir zu sein, dass die DFG-VK Brandanschläge „faktisch billigt und bewirbt“. Aus Platzgründen kann ich mich hier nur mit diesem auseinandersetzen.

Tommy Rödl leitet seinen Vorwurf daraus ab, dass Bundeswehr-wegtreten Brandanschläge propagiere, wir auf deren Internetseite verlinkten und auf dem Bundeskongress als Vertreterin beim im letzten Jahr gegründeten Europäischen Antimilitaristischen Netzwerk eine Person gewählt hätten, die bei Bundeswehr-wegtreten aktiv sei.

Das Wort „propagieren“ hat laut Duden die beiden Bedeutungen „werben“ und „verbreiten“. Wenn man sich die Website „www.bundeswehr-wegtreten.org“ anschaut, so stellt man fest, dass über die Organisationsstruktur von Bundeswehr-wegtreten keine Aussage getroffen wird und man keine Informationen darüber erlangt, wer dort in welcher Form aktiv ist. Auf der Startseite bezeichnet sich Bundeswehr-wegtreten im Zusammen-

hang mit „Bundeswehr raus aus der Schule!“ als „Initiative“, deren „Zielsetzung ... es (ist), die Bundeswehr in ihrem Streben nach mehr gesellschaftlicher Akzeptanz bei ihrer Selbstinszenierung im öffentlichen Raum anzugreifen.“ Insgesamt ist die Homepage eine große Materialsammlung mit einer unübersehbaren Verlinkung zu weiteren Internetseiten.

Unter „Aktivitäten“ sind die Jahre 2006 bis 2011 anklickbar. Auf diesen Seiten finden sich chronologisch angeordnete Auflistungen unterschiedlichster antimilitaristischer Aktionen überwiegend in der Bundesrepublik. Für das Jahr 2010 beispielsweise umfasst diese Liste 183 solcher Aktionen beginnend mit (da absteigend geordnet) der Meldung unter dem 30. Dezember, dass die „Webseite von Heckler & Koch gehackt“ worden sei, über eine Meldung für den 29. Mai, dass es in Stadallendorf „Proteste beim BW-Aftritt (sic!) am Hessentag“ gegeben habe, den Hinweis für den 3. April einer „Friedensfahrt der MotorradfahrerInnen“ in Köln bis hin zur „Neujahrswanderung“ in der Kyritz-Ruppiner Heide („Bombodrom“) am 1. Januar. Alle Nennungen umfassen wenige Zeilen mit einer Kurzdarstellung und in der Regel abschließend einem Link zu einer anderen Website außerhalb von „www.bundeswehr-wegtreten.org“, der zu einem Zeitungsbericht oder häufig zu einer Darstellung auf <http://de.indymedia.org> führt, der „weltweiten Plattform unabhängiger Medienorganisationen und hunderter JournalistInnen, die eigenverantwortlich nicht hierarchische, nicht kommerzielle Berichterstattung betreiben.“

Unter den genannten 183 Meldungen für 2010 befinden sich neun, die von Brandanschlägen handeln, in der Regel solche, bei denen Bundeswehr- oder DHL-Fahrzeuge gebrannt haben.

Das Kriterium der „Verbreitung“ der Nachrichten und Meldungen ist sicher

erfüllt, ob es sich dabei aber auch um „Werbung“, halte ich für zweifelhaft. Werbung hat immer etwas mit dem Sender und dem Empfängerhorizont zu tun und ist weitgehend eine subjektive Frage. Ob der Sender in diesem Fall eine werbende Absicht hat, könnte sich allenfalls aus weiteren Umständen erschließen. Da es sich nicht um eigene Aktionen der „Initiative Bundeswehr-wegtreten“ handelt und keine von ihr geschriebenen Berichte, sondern auf solche von anderen verlinkt wird, kann man allenfalls die Tatsache der Veröffentlichung als solche auf der Homepage bewerten.

Auf der „Kontaktseite“ finden sich im Übrigen diese Sätze: „Von uns dokumentierte Fremdbeiträge und Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Initiative wieder. Für die Inhalte externer Links wird nicht gehaftet. Wir distanzieren uns ausdrücklich von allen Inhalten aller gelinkten Seiten auf unserer Homepage.“ Diese ausdrückliche Distanzierung geht sogar weit über das hinaus, wie sich die DFG-VK zu von ihr auf ihrer eigenen Homepage verlinkten Seiten verhält. Im Impressum heißt es dort lediglich: „Für den Inhalt extern verlinkter Seiten sind wir nicht verantwortlich.“

Für meine eigene journalistische Tätigkeit nutze ich www.bundeswehr-wegtreten.org als eine Informationsquelle neben vielen anderen.

Zusammenfassend komme ich zu dem Schluss, dass die Initiative Bundeswehr-wegtreten über „antimilitaristische Brandanschläge“ zwar insofern berichtet, als sie in der Chronik auf ihrer Homepage auch solche kurz dargestellt aufnimmt – neben überwiegend anderen und „harmlosen“ Meldungen – und auf externe Seiten verlinkt. Die „ausdrückliche Distanzierung“ ist das Gegenteil einer Billigung.

Aber selbst dann, wenn man im Wege eigener Bewertung zu dem Schluss käme,

dass Bundeswehr-wegtreten Brandanschläge „faktisch billigt und bewirbt“, wäre zu fragen, ob die DFG-VK sich das durch eine Verlinkung von ihrer Homepage auf die Bundeswehr-wegtreten-Homepage zu eigen macht.

Der oben zitierten Zielsetzung von Bundeswehr-wegtreten ist das vorangestellt: „Seit geraumer Zeit stiften AntimilitaristInnen und FriedensaktivistInnen Unruhe bei Reklame-Einsätze (sic!) der Bundeswehr. Ihr Schwerpunkt sind die Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr an Arbeitsämtern, Messen, Schulen und Universitäten, sowie die „KarriereTreffs“ der Bundeswehr in den Innenstädten.“ Im Bereich „Infos+Materialien“ auf der Homepage finden sich wichtige Dokumente etc. zu dieser „Anti-Rekrutierungsarbeit“ an den genannten Orten, die die DFG-VK in ähnlicher Weise genauso betreibt.

Die Verlinkung von der DFG-VK-Homepage zu www.bundeswehr-wegtreten.org wird deshalb von der Themenseite „Schulfrei für die Bundeswehr“ – neben Links z.B. zur Organisation „terre des hommes“, die ebenfalls zu diesem Themenbereich arbeitet – aus gemacht.

Die überwiegend von Gruppen aus dem kirchlichen Bereich getragene „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF) verlinkt in vergleichbarer Weise wie die DFG-VK zu Bundeswehr-wegtreten – und mir ist nicht bekannt, dass irgendeine der 33 Mitgliedsorganisationen das bemängelt hätte oder gar behaupten würde, dass die AGDF durch diese Verlinkung Brandanschläge „faktisch billigt und bewirbt“. Ich gehe davon aus, dass

dort die Bundeswehr-wegtreten-Homepage als eine relevante Informationsquelle für die Arbeit zum Thema „Bundeswehr und Schule“ betrachtet wird.

Genau so sollten wir das auch tun.

Abschließend noch kurz zur Frage der vom Bundeskongress gewählten Vertreterin Cecil Arndt: Die Bemerkung von Tommy Rödl dazu, in welchem Bewusstsein sie wohl von den Delegierten gewählt wurde, ist seltsam „verschurbelt“ – ich meine, mich mit der deutschen Sprache einigermaßen auszukennen, habe aber letztlich nicht verstanden, was Tommy Rödl genau ausdrücken will. Ich halte den Satz für hart an der Grenze zur Verleumdung; wäre der Artikel nicht erschienen (auch deshalb, weil es dazu einen entsprechenden Verbandsbeschluss gibt). Wegen der – vielleicht absichtsvollen – Unklarheit will ich nur zwei Bemerkungen machen: Cecil Arndt ist DFG-VK-Mitglied, hat die WRI-Grundsatzerklärung unterschrieben und kennt und teilt das DFG-VK-Grundsatzprogramm. Sie ist vom Bundeskongress mit einer deutlichen Mehrheit von 75 Prozent für ihre Vertretungsaufgabe gewählt worden (Bei Tommy Rödl's Wahl zum Kampagnenauftragten war das Vertrauen der Delegierten mit lediglich 60 Prozent Zustimmung erheblich geringer). Die Vorstellung, der BundessprecherInnenkreis könnte sie ihrer Vertretungsaufgabe entheben, ist mehr als abenteuerlich.

Stefan Philipp ist Chefredakteur der **ZivilCourage**.



DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon @

eMail

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
 Nummer 8304600
 Bank für Sozialwirtschaft Köln
 BLZ 37020500

